

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 111 (2017)
Heft: 6

Artikel: "Von Gott erhaltene Verantwortung" : Gespräch mit Ishmael Mukuwanda, Präsident des zimbabwischen Kirchenrats
Autor: Mukuwanda, Ishmael / Müller, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-731306>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Von Gott erhaltene Verantwortung»

Gespräch mit Ishmael Mukuwanda, Präsident des zimbabwischen Kirchenrats

Misswirtschaft und Korruption haben das einstmals hoffnungsvolle Zimbabwe an den Rand des wirtschaftlichen Kollapses gebracht. Die Verfassung von 2013 garantiert zwar die grundlegenden Freiheitsrechte, wird jedoch vom Regime nicht respektiert. Die Bevölkerung sieht deshalb den Wahlen 2018 mit grosser Sorge entgegen. Unter der harschen Herrschaft des greisen Autokraten Robert Mugabe stehen auch die Kirchen unter Druck. Angesichts der Not der Bevölkerung sehen sie sich zum Handeln aufgefordert.

Ishmael Mukuwanda ist ein ruhiger, eher unauffälliger Mann, der leise spricht und seine Gedanken sorgfältig formuliert. Er ist ein aufmerksamer Zuhörer, und man kann sich gut vorstellen, dass er innerhalb des zimbabwischen Kirchenbundes eine integrierende Rolle spielt. Während einer Woche im Februar weilte er im Rahmen einer Weiterbildung von Swisspeace über Nationalen Dialog und Friedensarbeit in Basel. Das EDA ermöglichte diesen Aufenthalt. Mukuwanda und seine Kollegen, Bischof Michael Bhasera, Präsident der Katholischen Bischofskonferenz, und Pfarrer Shingi Munyeza, Präsident der Evangelikalischen Kirchen Zimbabwes nutzten die Gelegenheit zum Austausch mit schweizerischen NGOs, die in Zimbabwe tätig sind.

Bishop Ishmael Mukuwanda, Sie sind Bischof der anglikanischen Kirche in Gweru, Zimbabwe, und stehen gleichzeitig dem zimbabwischen Kirchenrat sowie dem Dachverband aller christlichen Konfessionen in Zimbabwe vor.

Als Präsident des Kirchenrates bringe ich die verschiedenen Kirchenver-

antwortlichen zusammen, damit wir gemeinsam dafür besorgt sind, das Leben der Menschen in unserem Land so zu verbessern, dass es den Vorgaben der Heiligen Schrift entspricht. Das ist nicht leicht, denn wir sind uns nicht immer einig und denken nicht alle gleich. Aber es geht um Fragen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit, und dazu hat die Kirche etwas zu sagen. Zimbabwe ist ein reiches Land mit einer sehr armen Bevölkerung. Genau hier setzt die Aufgabe der Kirche ein. Wir müssen dafür sorgen, dass alle genügend zu essen haben.

Auf der Ebene des Dachverbandes kommen weitere Kirchen dazu: die katholischen, die evangelikalischen und auch die lokalen afrikanischen Kirchen. Wir kommen zusammen, weil wir darauf hinwirken wollen, dass das Volk von Zimbabwe in Freiheit leben kann. Wir sind keine Politiker, aber wir kommen nicht darum herum, politisch zu sein. Wir unterstützen keine politischen Parteien. Aber wenn wir vom Hunger der Menschen reden, von ihrer Freiheit und Gesundheit müssen wir politisch sein. Unsere Aufgabe ist es, mit den Machthabern zu sprechen, um sicherzustellen,

len, dass das Volk von Zimbabwe in den Genuss der Reichtümer des Landes kommt und frei von Unterdrückung ist.

Wie würden Sie die gegenwärtige Situation in Zimbabwe charakterisieren?

Zimbabwe verfügt über reiche Vorkommen fast aller kostbaren Mineralien, wir haben fruchtbare Böden, eine gute industrielle Infrastruktur, und trotzdem sind neunzig Prozent der Arbeitsfähigen ohne Arbeit. Zimbabwe hat eine gut ausgebildete Bevölkerung, mehrere Universitäten entlassen Jahr für Jahr hunderte von jungen Leute, die anschliessend keine Arbeit finden und auf der Strasse stehen. Wir gehen davon aus, dass drei Millionen ZimbabweInnen als ökonomische Flüchtlinge im Ausland leben, die Mehrzahl in Südafrika. Die meisten Arbeitslosen schlagen sich mit Strassenverkauf durch. Sie kaufen Waren in Südafrika und verkaufen sie dann zuhause. Ich weiss nicht, wie lange das so weitergehen kann, die Situation ist äusserst prekär.

Sie beschreiben die grosse Diskrepanz zwischen den reichen Ressourcen des Landes und dem Leben der Menschen. Weshalb ist das so?

Wir machen die sehr ungleichmässige Verteilung der Ressourcen dafür verantwortlich. Tatsächlich gibt es in Zimbabwe einige wenige sehr Reiche, die von der Unabhängigkeit des Landes profitieren. Ja, die einfachen Leute haben mit der Landreform Land erhalten. Sie war ein nötiger Schritt, auch wenn wir nicht einverstanden sind mit der Art und Weise, wie das Land umverteilt wurde. Zimbabwe hat genügend Land für alle und kann alle ernähren, wenn dieses gut genutzt wird. Die vorhandenen Ressourcen gerecht zu verteilen, wäre die Aufgabe der Regierung.

Einer der Gründe, weshalb Zimbabwe so schlecht dran ist, liegt in der grassierenden Korruption. Es wurden in den letzten Jahren bedeutende Diamantenvorkommen gefunden, aber das Land hat keinen Nutzen davon gehabt.

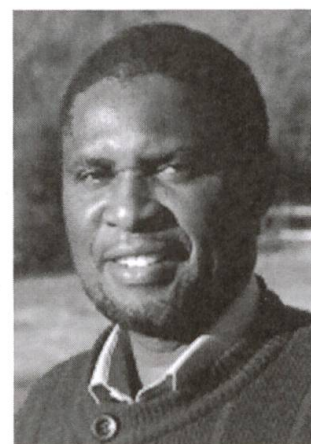
Der Staatspräsident liess verlauten, dass der Erlös der Diamanten verschwunden sei. Die Öffentlichkeit fragt sich, wie das geschehen konnte. Es wird viel über Korruption auf tiefem Niveau gesprochen, wenn jemand mit fünfzig oder sechzig Dollar bestochen wurde. Aber darum geht es nicht. Wir sprechen hier über einen Betrag in der Höhe von fünfzehn Milliarden Dollar. Mit diesem Geld könnte die gesamte Verschuldung Zimbabwes zurückbezahlt werden. Wir fordern das System nicht heraus, weil wir einen Regierungswechsel anstreben, sondern weil die Menschen am Reichtum des Landes teilhaben sollen. Wir wollen uns in den Kirchen nicht mehr aufs Plädieren beschränken – das haben wir lange genug getan. Jetzt geht es darum, direkt politische Führung zu übernehmen.

Glauben Sie, dass die Kirche dieser Rolle gewachsen ist und genügend Einfluss hat, um eine Veränderung zu bewirken?

Niemand hat eine grössere Basis als die Kirchen, sind doch zwischen 80 und 90 Prozent der ZimbabweInnen Angehörige unterschiedlicher christlicher Konfessionen. Zudem haben wir den grossen Vorteil, dass wir als Kirchen unter einer gemeinsamen Führung zusammenarbeiten. Wenn wir eine Stellungnahme abgeben, können wir dies im Namen der gesamten Kirche tun. Das heisst nicht, dass wir nicht mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Es gibt immer auch abweichende Stimmen, auch innerhalb der Kirchen. Hin und wieder gibt es Brüder und Schwestern, die andere Interessen als diejenigen der Bevölkerung ins Zentrum stellen. Unser Anliegen ist der Kampf gegen die bodenlose Armut, in der die Menschen leben. Das ist ein biblischer Imperativ.

Haben Sie die Menschen hinter sich, wenn Sie in diesem Sinne aktiv werden?

Die Leute stehen hinter uns – ja. Viele kritisieren sogar, wir gingen zu bedächtig vor. Es ist jedoch wichtig, dass wir fundiert argumentieren. Alle



Bischof Ishmael Mukuwanda aus Zimbabwe
Bild: zvg

unsere Vorstösse bei den Behörden sind sorgfältig recherchiert. Wir verlassen uns nicht auf Zeitungsberichte, sondern führen eigene Untersuchungen durch. Wir arbeiten auch nicht alleine, sondern gehen Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Kräften ein. Im Church and Civil Society Forum sind wir in eine gemeinsame Plattform mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eingebunden.

Was bedeutet politische Führung angesichts der Situation, in der sich Zimbabwe heute befindet? Was hat sich gegenüber der Situation vor zehn Jahren verändert, und was gibt Ihnen die Hoffnung, dass sich etwas zum Guten verändern könnte?

Wenn wir in die Geschichte zurückschauen, stellen wir fest, dass die Kirche, vor allem der zimbabwische Kirchenrat, politisch immer sehr engagiert war. Er wurde 1964 gegründet, um den Befreiungskampf zu unterstützen. Wir haben uns danach etwas zurückgelehnt und gedacht, das Problem sei mit der Unabhängigkeit gelöst. Bis wir feststellen mussten, dass es eine immer grössere Diskrepanz zwischen dem gab, was wir von der neuen Regierung erwarteten und dem, was tatsächlich geschah.

Nach 1980 beschränkten wir uns darauf, die Leute zu ermuntern, sich in Projekten zu engagieren und verloren die wirtschaftliche Gerechtigkeit aus den Augen. Aber jetzt erwarten die Leute von uns, dass wir ihnen den Weg weisen. Sie brauchen einen Moses oder einen Elija, und die Kirche ist die einzige Institution, die diese Funktion übernehmen kann. Die Leute wollen mehr als Erklärungen von der Kirche, sie verlangen nach Persönlichkeiten, die ihnen vorangehen, ihnen im biblischen Sinn den Weg weisen. Das ist sicher keine leichte Aufgabe. Aber jemand muss sie übernehmen.

Was heisst das in praktischer Hinsicht? Wie will die Kirche diese Führungsrolle wahrnehmen?

Während der letzten Monate haben wir uns um ein Treffen mit dem Staatsoberhaupt bemüht, haben jedoch keinen Zugang zu ihm erhalten. Deswegen sind wir zum Schluss gekommen, dass wir Synergien und Koalitionen mit anderen AkteurInnen finden müssen. Die Zivilgesellschaft habe ich bereits erwähnt. Eine andere, wichtige Gruppe sind die Kriegsveteranen, die den Befreiungskampf geführt haben. Sie sind ebenfalls sehr unzufrieden und halten gegenwärtig viele Zusammenkünfte ab. Von Bedeutung sind die traditionellen Autoritäten, die Chiefs, die vor allem in den ländlichen Gebieten sehr viel Macht innehaben. Wir wissen natürlich, dass sie von der Regierung bezahlt werden. Wir haben das Gespräch mit ihnen bereits aufgenommen und sind uns einig, dass es schlecht um unser Land steht.

Diese Arbeit hat also bereits begonnen?

Es gibt keine Gegend im ländlichen Zimbabwe, in der die Kirche nicht präsent ist. Unsere Pfarrer und Prediger sind vor Ort. Wir brauchen sie nur zu kontaktieren. Sobald ich zurück bin aus der Schweiz, werde ich an einem Treffen des Ecumenical Church Leaders Forum teilnehmen, das ebenfalls unter dem Dachverband ZHOCD tätig ist. Diese Pastoren arbeiten nicht vom Schreibtisch aus, sondern sind an der Basis, wo sie sich mit Themen wie Friedensarbeit, Konfliktlösung, Mediation und Nation Building befassen. Über diese Gruppierung haben wir lokale Friedenskomitees aufgebaut, die dafür sorgen, dass es nicht zu Gewalt kommt. Diesen Komitees gehören auch die lokalen Führungspersönlichkeiten an. In diesen Gremien wird über Entwicklung und Frieden diskutiert und darüber, wie das Land gestaltet werden soll, damit alle etwas von seinem Reichtum haben.

Vor den Wahlen von 2008 haben die Kirchen das gemeinsame Dokument «The Zimbabwe We Want» ausgearbeitet, das dann von der Regierung usurpiert wurde. Was ist daraus geworden?

Es handelte sich um ein nicht abgeschlossenes Diskussionspapier, das aufgrund breiter Diskussionen mit unserer Basis entstanden war und das für die weitere Diskussion an die Basis zurückgebracht werden sollte. Der Staatspräsident hat es dann in die Öffentlichkeit getragen. Ein Teil der darin enthaltenen Werte und Inhalte sind heute in die Verfassung integriert, die übrigens – bei sinngemässer Umsetzung – eine sehr gute Grundlage für die Zukunft darstellt.

2018 ist Wahljahr in Zimbabwe. Welche Fragen stehen dabei für die Kirchen im Vordergrund?

Ein sehr schwieriges Thema ist die Forderung nach einer Reform des Wahlprozesses. Die Regierung sträubt sich dagegen, weil sie die Kontrolle über den Wahlprozess nicht abgeben will. In der Vergangenheit haben wir unsere Gemeindemitglieder nie dazu ermuntert, wählen zu gehen. Zurzeit gibt es Christen und Christinnen, die der Ansicht sind, Wahlen seien etwas Politisches, das sie nichts angehe. Dabei ist das durchaus eine theologische Frage, die auch in der Bibel behandelt wird. Wir sind der Meinung, die Heilige Schrift sage, dass Christinnen und Christen eine von Gott erhaltene Verantwortung für das Wohl des Landes tragen. Wir sagen ihnen nicht, wie sie wählen sollen, aber dass sie wählen sollen.

Bei den Wahlen von 2013, die – für viele überraschend – mit dem überwältigenden Wahlsieg der ZANU-PF von Robert Mugabe ausgingen, bereitete man sich auf Gewalt vor. Es kam aber gar nicht so weit. Trotzdem war die Einschüchterung der Bevölkerung beträchtlich. Welche Strategien sehen die Kirchen für 2018 vor?

2013 haben die kirchlichen Friedenskomitees eine wichtige Rolle gespielt. Die Menschen waren immer noch geprägt von den Gewalterfahrungen der Wahlen von 2008; diese Wunden waren noch nicht verheilt. Die ZANU-PF musste keine Gewalt anwenden, allein die

Drohung mit der Erinnerung an 2008 genügte. Während der Regierung der Nationalen Einheit wurde zwar eine gewisse wirtschaftliche Erholung erzielt. Es gab jedoch auch viel Streit zwischen den Parteien der Koalition, was den Leuten nicht behagte. Deshalb entschieden sie sich für nur eine Partei. Aber jetzt stellen wir fest, dass wir wieder im gleichen wirtschaftlichen Schlamassel wie schon 2008 gelandet sind.

2018 könnte sich das Szenario völlig anders abspielen. Die Oppositionspartien versuchen eine Koalition zu schmieden, aber ich bezweifle ihre Aufrichtigkeit dabei. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit ist aber auch die Regierungspartei gespalten. Ob es ihnen gelingt, diese Risse noch vor den Wahlen zu schliessen, ist offen. Noch nie zuvor haben sich die Kriegsveteranen von der ZANU-PF abgewendet. Es ist auch unklar, was diese Entwicklung bezüglich der Haltung der Armee bedeutet.

2016 gingen die Menschen in Zimbabwe auf die Strasse und machten ihrem Unmut Luft. Wie erleben Sie heute die Stimmung in der Bevölkerung?

Angesichts der Verzweiflung der Menschen über ihre Lage sind offene Proteste und Konflikte unvermeidlich. Bedenken Sie nur, wie viele ihren Lebensunterhalt als StrassenhändlerInnen bestreiten müssen. Aber auch die städtischen Behörden, die für die Gesundheit und Sauberkeit der Stadt zuständig sind, stehen unter Handlungsdruck. Das Risiko einer Gewalteskalation ist gross, sollten die StrassenhändlerInnen vertrieben werden, denn sie sind zahlreich und viele von ihnen haben einen Universitätsabschluss und werden sich zu wehren wissen.

Wir müssen aus dieser verfahrenen Situation herausfinden. Das ist keine leichte Aufgabe, aber jemand muss sie anpacken. ●

*Barbara Müller, *1950, ist Ethnologin und beschäftigt sich seit den 1970er Jahren mit Zimbabwe. Sie ist im Afrika-Komitee tätig und ist Ko-Präsidentin von fepa, dessen Geschäftsstelle sie bis 2015 leitete.*

In den Krisen Jahren 2009 bis 2013 präsidierte sie das Ecumenical Zimbabwe Network, ein internationales Netzwerk von ökumenischen Hilfswerken, das die Zusammenarbeit unter den zimbabweischen Kirchen durch Gespräche im sicheren Genf förderte.

ba.muellerfrei@gmail.com